

Hoffmann, Diether

Article — Digitized Version

Wege aus der Schuldenkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hoffmann, Diether (1987) : Wege aus der Schuldenkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 11, pp. 553-558

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136336>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Diether Hoffmann

Wege aus der Schuldenkrise

Nach fünf Jahren internationaler Schuldenkrise wächst bei allen Beteiligten der Eindruck, daß das bislang betriebene kurzfristige Krisenmanagement nicht endlos fortgeführt werden kann. Welche langfristigen Perspektiven zeichnen sich ab? Welche Anforderungen sind an eine konstruktive Lösung zu stellen?

Ende September 1987 diskutierten die 151 Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erneut über Lösungsmöglichkeiten der internationalen Schuldenkrise. Doch weder waren konkrete Schritte zur Realisierung des von Finanzminister Baker 1985 in Seoul vorgelegten Programms zu erkennen, noch gab es neue Ideen, die zu einer Lösung der Probleme führen könnten. Vorgetragen wurden im wesentlichen neue Formeln, die nur als Umschreibungen für die Politik der kurzfristigen Anpassungen bezeichnet werden können. „Menü der Optionen“ war das neue Schlagwort.

Nach Bakers „Programm für dauerhaftes Wachstum“ von 1985 sollten die Schuldnerländer mittels Strukturreformen eine langfristige Anpassungs- und Wachstumpolitik verfolgen, die privaten Banken sollten nicht nur ihre bereits gegebenen Kredite in langfristige Forderungen umwandeln, sondern darüber hinaus neue Mittel zur Verfügung stellen, und auch der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die anderen multinationalen Kreditinstitute sollten sich zusätzlich engagieren.

Im einzelnen ging es um 15 Länder, deren Verbindlichkeiten Ende 1986 465 Mrd. \$ betragen – Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, die Elfenbeinküste, Marokko, Mexiko, Nigeria, Peru, die Philippinen, Uruguay, Venezuela und Jugoslawien. Diesen Ländern sollten nach Bakers Vorschlag insgesamt 29 Mrd. \$ neue Mittel netto zur Verfügung gestellt werden, 20 Mrd. \$ von den Geschäftsbanken und 9 Mrd. \$ von den multinationalen Instituten.

Schon aus Höflichkeit wurde der Baker-Plan allseits mit Wohlwollen aufgenommen. Doch im wesentlichen wurde in den letzten zwei Jahren der Schwarze Peter zwischen den Beteiligten, d. h. den Schuldnerländern, den Regierungen der Geberländer und den privaten Kreditinstituten, nur mit Erfolg hin und hergeschoben – mit Erfolg insofern, als der befürchtete große Krach bisher vermieden wurde.

Dabei wäre es falsch zu sagen, daß in den letzten zwei Jahren nichts geschehen sei. Permanent tagten Regierungsbeamte und Notenbankvertreter aus den Entwicklungs- und den Industrieländern – teils mit, teils ohne die Vertreter der Banken –, um von Fall zu Fall neue Lösungen zu finden, und es wurde auch eine Fülle von Umschuldungsvereinbarungen abgeschlossen. Doch in ihnen wurde – mit Ausnahme Mexikos – für kein Land ein Durchbruch erzielt, der wenigstens in gewissem Umfang die Gewißheit vermittelte, daß langfristig sowohl eine Bedienung der Verbindlichkeiten wie eine Entwicklung mit dem erforderlichen Wachstum gesichert erschiene. Im Gegenteil, in einzelnen Fällen haben sich die Probleme so vermehrt, daß noch nicht einmal kurz- oder mittelfristige Lösungen zum Gegenstand von Vereinbarungen gemacht werden konnten; in diesen Ländern kam es zur Einstellung der Zahlungen.

Ein kurzer Überblick über die 15 „Baker“-Länder zeigt folgendes Bild: mit Argentinien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador, der Elfenbeinküste, Marokko, den Philippinen, Uruguay und Venezuela wurden Umschuldungsvereinbarungen abgeschlossen, die bisher einigermaßen funktionieren. Eine Vereinbarung mit Nigeria steht auf dem Papier, doch es fehlt noch die Zustimmung einer Anzahl der zu beteiligenden Banken. Peru war das erste Land, das 1985 einseitig ein Moratorium verkündete und erklärte, es werde nur noch 10% seiner Exporterlöse für die Bedienung seiner Auslandsver-

Dr. Diether Hoffmann, 58, Rechtsanwalt in Frankfurt, war u.a. Sprecher des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Frankfurt, sowie der Neuen Heimat, Hamburg.

bindlichkeiten zur Verfügung stellen. Diesem Beispiel folgte im Februar dieses Jahres Brasilien – allerdings nicht in der gleichen schroffen Weise wie Peru, sondern verbunden mit der Erklärung, man wolle gemeinsam mit den Gläubigern eine Lösung suchen.

Die Lage in Jugoslawien ist insbesondere nach dem Zusammenbruch der bosnischen Firma Agrokommerz ziemlich unübersichtlich; letzte Meldungen sprechen davon, das Land wolle seine Auslandsschulden nur noch langfristig und „nach den realen Möglichkeiten der Wirtschaftskraft“ tilgen.

Andererseits wurde ein Durchbruch, der sich mehr an den von Finanzminister Baker vor zwei Jahren aufgestellten Maximen orientiert, in den Verhandlungen mit Mexiko erzielt: die im März dieses Jahres abgeschlossene neue Umschuldungsvereinbarung verschafft dem Land Zugang zu neuen Krediten in Höhe von 6 Mrd. \$. Darüber hinaus wurden für die bestehenden Verbindlichkeiten neue Laufzeiten von bis zu 20 Jahren vereinbart, von denen fünf bis neun tilgungsfrei sein werden.

Ursachen der Misere

Daß es nur in diesem einen Fall gelang, zu einer Vereinbarung zu kommen, die langfristig eine ruhigere und vor allem wachstumsorientierte Lösung als möglich erscheinen läßt, lag an internen Entwicklungen in den Schuldnerländern, an externen wirtschaftlichen Faktoren sowie an der Zurückhaltung der Gläubiger und an deren divergierenden Interessen. Auch wer sich schon lange mit der Wirtschaftspolitik der einzelnen Regierungen der Entwicklungsländer befaßt hat, wird es schwer finden zu quantifizieren, in welchem Umfang ihre Misere auf eigenes Versagen und in welchem Umfang sie auf Außeneinflüsse zurückzuführen ist.

Zweifelsohne haben Mismanagement – vor allem im öffentlichen Sektor –, hohe Defizite der öffentlichen Haushalte und daraus sich ergebende Inflation, eine häufig verfehlte Wechselkurspolitik, Korruption und Kapitalflucht eine gesunde Entwicklung erschwert; doch der Anstieg der Zinssätze für die Auslandsschulden von 1978 bis 1985, der Verfall der Preise für die Exportgüter der Entwicklungsländer bei gleichzeitiger Verteuerung ihrer Importe und die Stagnation der Weltwirtschaft waren wohl für die Zunahme der Verschuldung in weit stärkerem Umfang ursächlich und führten letzten Endes dazu, daß die Verbindlichkeiten nicht mehr bedient werden konnten.

In den letzten zwei Jahren hat es eine gewisse Entlastung durch den Rückgang der Zinssätze gegeben, andererseits führte die weltwirtschaftliche Entwicklung zu

einer überdurchschnittlichen Belastung der Entwicklungsländer, da ihr Export durch protektionistische Maßnahmen in den Industrieländern zusätzlich erschwert wurde.

Trotz dieser Belastungen kam es nicht zu einer allgemeinen Zahlungseinstellung. Der Schuldnerboykott wurde zwar immer wieder gefordert, besonders lautstark von Fidel Castro, die meisten Schuldnerländer waren jedoch bestrebt, Lösungen im Verhandlungswege zu finden, da sie aus einseitigen Aktionen für sich selbst eher größeren Schaden erwarten mußten als für ihre Gläubiger. Gemeinsam erheben sie aber die Forderung, die Schuldendienstzahlungen ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen und sie nicht zu zwingen, mehr als einen bestimmten Teil ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst zu verwenden.

Ihre Sprecher, die Gruppe der 24, forderten in Washington außerdem neue Überlegungen zur Überwindung der Krise: eine Reduzierung der Schulden durch eine Anpassung an ihren Marktwert, neue Fazilitäten zur Bedienung der Schulden, eine Verbriefung eines Teils der Schulden, Mechanismen für deren Rückkauf durch die Schuldner, die Reduzierung der Zinsen auf historisch normale Sätze und einen Schutz der Anpassungsbemühungen gegen externe Schocks sowie insbesondere den Beginn eines neuen Dialogs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Haltung der Gläubiger

Die offiziellen Kreditgeber waren bisher zwar bereit, sich an den Umschuldungsverhandlungen – vor allem im Pariser Club, in dem die Geberländer gemeinsam nach Lösungen suchen – zu beteiligen, doch gab kein Land Maßnahmen zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise Priorität gegenüber den überall ebenfalls erforderlichen Bemühungen um eine Konsolidierung der eigenen Haushalte. Neue Mittel wurden weder einzelnen Entwicklungsländern noch den multinationalen Instituten in dem erforderlichen Umfang zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ein bedeutender Zufluß neuer Mittel von den privaten Banken scheiterte schon an der viel zu großen Zahl der jeweils beteiligten Institute; über 600 Banken unter einen Hut zu bringen ist eine Aufgabe, die nur in besonderen Ausnahmefällen gelingen kann.

Nicht zuletzt die sehr unterschiedliche Wertberichtigungspraxis machte bis Anfang dieses Jahres eine Verständigung zwischen den nationalen Gruppen der Gläubigerbanken schwierig. Seit die US-amerikanischen Banken im 2. Quartal 1987 Milliardenbeträge für ihre Risiken in Lateinamerika zurückgestellt und sich damit prinzipiell der europäischen Vorgehensweise ange-

geschlossen haben und seit die japanischen Banken ihre risikobehafteten Engagements im März 1987 mit erheblichen Abschlägen auf eine von ihnen gegründete Finanzierungsgesellschaft mit Sitz auf den Bahamas übertragen haben, sind die erheblichen Unterschiede wenigstens zum Teil beseitigt.

Daraus ergeben sich jedoch sogleich wieder neue Schwierigkeiten. Zum einen erwarten die Schuldner nunmehr, daß sich auch ihre Verbindlichkeiten entsprechend der Höhe der darauf gebildeten Wertberichtigungen reduzieren. Zum anderen entfällt gerade für die US-Banken der Zwang, wenigstens in Höhe ihrer Zinsforderungen neue Kredite zu gewähren, um so Wertberichtigungen zu vermeiden. Und schließlich gibt es Anzeichen dafür, daß die japanischen Banken den neu gewonnenen Spielraum nutzen, um der japanischen Wirtschaft in Lateinamerika eine weitere Expansion zu ermöglichen – auch die Konkurrenz für deutsche Produkte kann dadurch härter werden.

Langfristige Lösungen

Diese Bestandsaufnahme veranlaßt heute wohl keinen Verantwortlichen mehr, mit Genugtuung von einem erfolgreichen Krisenmanagement zu sprechen, so wie

man seinerzeit die Umleitung der Petrodollars in die Entwicklungsländer als einen Beweis für die Leistungsfähigkeit des internationalen Bankensystems betrachtet hatte. Aus der Vergangenheit hat man zwar gelernt, aber gehandelt wurde nur in unzureichendem Ausmaß. Mancher ist so erschöpft, daß man schon von einer „Schuldenmüdigkeit“ spricht.

In dieser Situation werden es nur Leichtfertige für möglich halten, daß weiterhin durch kurzfristige Arrangements von einem Jahr zum anderen die Basis für eine Wiedergesundung des internationalen Finanzsystems geschaffen werden kann. Allerdings gilt es dabei, die Erfahrungen der letzten beiden Jahre zu berücksichtigen und auf ihnen aufbauend langfristige Lösungen zu finden.

Das Beispiel Mexiko zeigt, daß dafür Fristen von 20 Jahren keinesfalls als ungewöhnlich, sondern eher als realistisch bezeichnet werden müssen. Dabei wird man zugeben müssen, daß es unmöglich ist, über so lange Zeiträume sinnvoll zu planen; die Zustimmung zu solchen Vereinbarungen setzt also voraus, daß die Beteiligten den Schuldner ein auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen außerordentliches Vertrauen entgegenbringen. Das Prinzip Hoffnung tritt damit letzten Endes an die

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Annette Kersch

WECHSELKURSRISIKEN, INTERNATIONALER HANDEL UND DIREKTINVESTITIONEN

Die Untersuchung geht von der Tatsache aus, daß seit der Einführung flexibler Wechselkurse zwar starke Währungsschwankungen zu beobachten waren, diese aber entgegen modelltheoretischen Aussagen sich anscheinend nur geringfügig auf das Volumen des internationalen Handels auswirkten. Die Verfasserin versucht diesen Widerspruch aufzulösen, indem sie eine Entwicklung analysiert, die Umfang und Struktur des Außenhandels in starkem Ausmaß beeinflusst hat und auch in Zukunft prägen wird: die Expansion multinationaler Unternehmen. Sie gelangt zu dem Ergebnis, daß multinationale Unternehmen mit Produktionsstätten in verschiedenen Ländern nicht etwa besonders von Wechselkursrisiken betroffen sind, sondern – im Gegenteil – die Multinationalisierung gerade ein Mittel darstellt, solche Risiken auszugleichen.

Großoktav, 189 Seiten, 1987, brosch. DM 54,-

ISBN 3-87895-335-6

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Stelle sorgfältiger Analysen, die trotzdem keinesfalls überflüssig werden, in ihrer Bedeutung jedoch relativiert werden müssen.

Für viele gilt wohl, daß sie solchen Arrangements zustimmen, weil auch sie keine Alternative vorschlagen können. Denn es ist unvorstellbar, daß gegenüber den wesentlichen Schuldnerländern auf gerichtliche Zwangsmaßnahmen zurückgegriffen wird, so wie dies in einem einzigen Fall, nämlich gegenüber Nordkorea, von den Banken versucht wurde. Da erst recht der Einsatz von Kanonenbooten und Fregatten, der um die Jahrhundertwende in vergleichbaren Fällen noch üblich war, ausscheidet, muß man sich arrangieren, und dies geht, wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, nur, indem man den Schuldnern weit entgegenkommt.

Realistische Maßnahmen

Dazu gehört auch, daß wie im Beispiel Mexiko Anpassungsklauseln vereinbart werden, die auf die wirtschaftliche Entwicklung im Schuldnerland Rücksicht nehmen. Vor allem die Kopplung der Zahlungsverpflichtungen an die Entwicklung der Preise der Exportgüter wird wohl in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil langfristiger Umschuldungsprogramme sein; für Mexiko war der Ölpreis der entscheidende Indikator; für andere Länder werden es die Preise von Metallen oder von Agrarprodukten sein, die die Exporterlöse so stark beeinflussen, daß ihre Berücksichtigung in realistischen Umschuldungsvereinbarungen als unumgänglich erscheint.

Andererseits werden die Schuldnerländer sich nicht nur anstrengen müssen, aus ihrer Misere herauszukommen, sie werden hierfür mit ihren Gläubigern entsprechende Maßnahmen vereinbaren und eine Kontrolle durch die Gläubiger akzeptieren müssen. Die Schuldnerländer betrachten solche Zwänge häufig als Eingriffe in ihre Souveränität, als Hindernisse für ein eigenständiges Formulieren interner Wirtschafts- und Sozialpolitik. Solche Vorbehalte sind gerechtfertigt, und insoweit muß man sich des Unterschieds zwischen einem inländischen Schuldner und einem souveränen Staat, der seinen Verbindlichkeiten nachkommen soll, bewußt sein.

Auch gilt es, den verständlichen Empfindlichkeiten Rechnung zu tragen, die in mehr als einem Jahrhundert wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA und von Europa entstanden sind. Gerade wir Deutschen sollten uns daran erinnern, welchen Schaden von außen geschaffene wirtschaftliche Zwänge in der Weimarer Zeit angerichtet haben und daß Auflagen und Kontrollen den Beginn einer demokratischen Entwicklung zunichte machen können, und wir sollten uns daran erinnern, daß eine sinnvolle, d. h. die volkswirtschaftlichen Möglich-

keiten berücksichtigende Umschuldung, nämlich das Londoner Schuldenabkommen von 1953, uns wesentlich unseren jetzigen Wohlstand ermöglicht hat.

Die Rolle des IWF

Dennoch erfordert die Überwindung der Schuldenkrise, daß der Weg, der von den Schuldnerländern zu beschreiten ist, zum Gegenstand von Vereinbarungen gemacht und auch kontrolliert wird. Dem Internationalen Währungsfonds wird daher auch in Zukunft eine zentrale Rolle zufallen. Der Fonds ist dafür am ehesten geeignet, weil er seit nunmehr über 30 Jahren an Umschuldungs- und Anpassungsprogrammen beteiligt war; der bei ihm vorhandene Sachverstand kann von keiner anderen Stelle ersetzt werden. Andererseits wird es schwer sein, dies überall durchzusetzen. In der ganzen Dritten Welt gibt es Kritik an der Art und Weise, wie der Fonds in der Vergangenheit seine Vorstellungen durchzusetzen versucht hat; ihm wird vor allem vorgeworfen, daß er die wirtschaftlichen und noch mehr die sozialen Gegebenheiten in den Schuldnerländern zu wenig berücksichtigt, daß er sich zu stark an marktwirtschaftlichen Modellen orientiert, so den Einflüssen ausländischer Investoren Tür und Tor öffnet und schließlich daß er für die erforderlichen Anpassungen viel zu kurze Zeiträume ins Auge faßt.

Diese Kritik, auch wenn sie in vielen Fällen überzogen ist, ist nicht unberechtigt. Doch lassen die Verhandlungen der letzten Jahre erkennen, daß der Fonds seine Vorschläge nunmehr unter Berücksichtigung dieser Kritik formuliert. Vor allem wurden ihm auch Mittel zur Verfügung gestellt, die es ihm ermöglichen, den Schuldnerländern nicht mehr nur für kurze Überbrückungsmaßnahmen Fazilitäten einzuräumen. Allerdings ist die psychologische Hemmschwelle, mit ihm Anpassungsprogramme zu vereinbaren, vor allem in den lateinamerikanischen Schuldnerländern nach wie vor sehr hoch, und Kritik am Fonds dient häufig auch dazu, von eigenen Fehlern abzulenken.

Es bedarf großer Anstrengungen aller Beteiligten, diese Vorurteile abzubauen, und auf Seiten des Fonds weiterhin einer neuen Orientierung seiner Vorschläge, um deutlich zu machen, daß es um realistische Anpassungen geht, die nicht nur kurzfristige Liquiditätsprobleme lösen sollen, sondern die ein langfristiges Wachstum in den Schuldnerländern als wesentlichstes Ziel haben. Andererseits geht es ohne den Fonds nicht; ohne die Vereinbarung von Programmen mit ihm und auch die Kontrolle dieser Programme durch ihn werden weder die Regierungen der Gläubigerländer noch die privaten Kreditgeber bereit sein, sich an Umschuldungsaktionen zu beteiligen.

Zufuhr neuen Kapitals

Eine ebenfalls bedeutsame Rolle muß der Beteiligung der Weltbank an den erforderlichen Finanzierungen zukommen. Es kann nicht erwartet werden, daß die privaten Banken sich in dem erforderlichen Umfang zusätzlich engagieren. Neues Geld wird ganz wesentlich von offiziellen Stellen kommen müssen, sei es von den einzelnen Regierungen, sei es von multinationalen Organisationen. Die Zufuhr neuen Kapitals für die Weltbank ist deshalb eine weitere Voraussetzung dafür, daß die Verschuldungskrise gemeistert werden kann.

Alles neue Geld, alle Vereinbarungen werden allerdings nichts helfen, wenn die Weltwirtschaft auch in den kommenden Jahren nicht aus ihrer Stagnation herauskommt. Wieder steigende Exporterlöse, die allein die Bedienung auch der umgeschuldeten Verbindlichkeiten ermöglichen, sind nur zu erwarten, wenn es wieder zunehmende Absatzchancen für die Produkte der Schuldnerländer in den Industrieländern gibt. Auch deshalb muß vor der Zunahme protektionistischer Maßnahmen eindringlich gewarnt werden.

Von den privaten Banken muß in erster Linie gefordert werden, daß sie die erforderlichen Vereinbarungen nicht durch Obstruktion verhindern. So wie sie bei Zahlungsschwierigkeiten inländischer Schuldner gegebenenfalls durch Vergleichsverwalter und Gericht gezwungen werden, einer Umstrukturierung zuzustimmen, muß von ihnen erwartet werden, daß sie auch die neuen Lösungen für Schuldnerländer mittragen. Das Problem sind dabei eher die Banken mit geringem Engagement als die großen Banken; doch werden auch sie mitwirken müssen, denn selbst die kleineren Forderungsbeträge addieren sich zu Summen, die einen nicht unbedeutenden Anteil an der Verschuldung eines Landes ausmachen können.

Allerdings wird es, wie schon gesagt, kaum möglich sein, von den Banken wesentliche neue Engagements zu verlangen. Zwar wird – zum Teil mit Recht – gesagt, daß sich für die Banken aus ihrer früheren Beteiligung an der Finanzierung der Schuldnerländer entsprechende Verpflichtungen ergeben. Doch hat es keinen

Sinn, auf solche Überlegungen im einzelnen einzugehen, denn es ist einfach nicht realistisch, vom Bankensystem insgesamt, so wie es in den wesentlichen Gläubigerländern strukturiert ist, die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu erwarten.

Forderungsverzichte

Eine andere Frage ist es, ob die Banken nicht Anlaß haben, ihre Wertberichtigungen bei ihrer Zustimmung zu Umschuldungen mit einzusetzen. Es ist sicher zutreffend, daß jeder Forderungsverzicht auch für den Schuldner negative Folgen hat; seine weitere Kreditwürdigkeit wird dadurch nachhaltig verschlechtert. Noch wichtiger ist es, daß der Forderungsverzicht gegenüber einem Land selbstverständlich dazu führt, daß andere Länder, auch solche, die darauf nicht zwingend angewiesen sind, ebenfalls entsprechende Zugeständnisse verlangen werden, und was in einem Fall sinnvoll und vertretbar erscheinen mag, wird nicht mehr zu ertragen sein, wenn es in allen Fällen zu entsprechenden Abschlägen kommen müßte.

In diesem Zusammenhang wird auch gesagt, daß mit solchen Zugeständnissen derjenige belohnt würde, der nicht ordentlich gewirtschaftet hat, während derjenige, der mit größeren Anstrengungen eine Zahlungseinstellung vermieden hat, leer ausgehen müßte. So verständlich diese Betrachtung ist, sie ist letzten Endes nicht überzeugend. Allgemein gilt – man mag sagen, leider –, daß in einer Krisensituation dem Schuldner Zugeständnisse gemacht werden, mit denen er in normalen Zeiten nicht rechnen kann.

Solche Überlegungen führten den amerikanischen Senator William Bradley zu dem Vorschlag, einen Schuldnerverzicht in Höhe von insgesamt 18 % der Forderungen zu verordnen. Dieser Vorschlag erscheint allerdings nicht realistisch. Die Reaktion auf ähnliche Überlegungen des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, macht deutlich, daß hierüber – so berechtigt die Überlegungen sein mögen – kein Einverständnis zu erzielen ist.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Die gebildeten Wertberichtigungen werden deshalb wohl nicht unmittelbar zur Schuldenminderung eingesetzt werden können, doch sollten sie den Banken beachtlichen Spielraum für die Zugeständnisse geben, die im übrigen bei Umschuldungsvereinbarungen verlangt werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Festsetzung der Zinssätze. Der Grundsatz, daß nur der beste Schuldner den besten Zinssatz bekommt, muß in diesen Fällen in sein Gegenteil verwandelt werden.

Andere Zugeständnisse

In den Vereinigten Staaten wird zur Zeit auch darüber diskutiert, neue Engagements der Banken in den Schuldnerländern dadurch zu ermöglichen, daß diese ihre Alt-Forderungen mit Abschlägen zum Teil auf eine neu zu bildende Regierungsagentur übertragen können. Entsprechende Vorschläge knüpfen an einzelne Vereinbarungen an, mit denen Banken sich eine bevorzugte Behandlung – vor allem einen Ausschluß aus dem Kreis der Gläubiger, die zu weiteren Finanzierungen aufgefordert wurden – sicherten, wenn sie ihre Forderungen zu erheblich niedrigerem Kurs in Exit-Papiere oder ähnliche Wertschriften des Schuldnerlandes umwandeln. Sowohl in den Beschlüssen des Repräsentantenhauses als auch in denen des Senats zum neuen Handelsgesetz ist diese Möglichkeit enthalten.

Es erscheint sinnvoll, solche Überlegungen auch in anderen Ländern anzustellen, insbesondere wenn damit andere Transaktionen, wie der Tausch von Forderungen in Beteiligungskapital und vor allem die Gewährung neuer Mittel für die Finanzierung des Handels, verbunden werden können; für solche Operationen könnte sich in der Bundesrepublik die Deutsche Entwicklungsgesellschaft anbieten. Transaktionen dieser Art könnten dafür sorgen, daß wenigstens die für echte Handelsgeschäfte erforderlichen Mittel wieder von den privaten Geschäftsbanken zur Verfügung gestellt werden.

In einzelnen Fällen wird auch noch mit anderen Mitteln geholfen werden können. Es sei hierzu vor allem auf die Überlegungen verwiesen, Forderungen in Eigenkapital an Unternehmungen in den Schuldnerländern umzuwandeln und einen Zweitmarkt für die Forderungen einzurichten. Solche Überlegungen haben sich für einzelne Länder bereits als nützlich erwiesen. Zauberformeln sind sie jedoch nicht. Das gilt auch für das Konzept der Verbriefung von Forderungen („securization“), die allenfalls einen Handel mit den Forderungen erleichtern kann.

Wer das neue Schlagwort vom „Menü der Optionen“ verwendet und von ihm neue Konzeptionen für die Lösung der Probleme erwartet, sollte sich daher stets vor Augen halten, daß keine Patentrezepte existieren. Man

kommt am schwierigen Verhandeln mit jedem einzelnen Land nicht vorbei. Für jedes Land muß die jeweils geeignete Lösung gefunden werden.

Demokratien als Partner

Bei diesen Verhandlungen sollte eins nicht vergessen werden: die wesentlichen Schuldnerländer sind heute anders als noch vor fünf Jahren Demokratien. Kein einsichtiger Politiker, kein einsichtiger Bankier und kein einsichtiger Unternehmer darf die Gefahren unterschätzen, die sich ergeben, wenn diese Länder wieder von Diktaturen beherrscht werden, weil es den Demokraten nicht gelingt, mit dem Verschuldungsproblem fertig zu werden.

Der Fortbestand demokratischer Systeme in den Entwicklungsländern wird wesentlich von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Die argentinischen Wahlen müssen insoweit jeden nachdenklich stimmen. Von Silva-Herzog, dem früheren mexikanischen Finanzminister, stammt der Satz: „Sparprogramme (Austerität) und Demokratie können nicht sehr lange zusammen existieren.“ Im komfortablen Basler Büro läßt sich dazu leicht schreiben, „eine Verbesserung des Lebensstandards“ in den Schuldnerländern wäre „natürlich willkommen; doch wenn diese Länder aus ihren Schuldenproblemen herauswachsen“ sollten, so müßte „das Wachstum durch zunehmende Investitionen und Exporte getragen sein“.

Die in diesem Satz aus dem Geschäftsbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich enthaltene Kritik ist nicht unberechtigt, da in einzelnen Ländern eine Politik betrieben wurde, die gerade den Besserdienenden eine beachtliche Erhöhung ihrer Konsumausgaben ermöglichte. Und manch ein Deutscher mag dazu auf seine eigenen Erfahrungen verweisen, doch übersieht er dabei, daß es ihm auch in den schlimmsten Zeiten nie so schlecht gegangen ist, wie vielen Millionen, die heute noch in den Entwicklungsländern Hunger leiden.

Die schwierige Aufgabe, die mancher für kaum lösbar halten mag, besteht deshalb darin, mit langfristigen Umschuldungsprogrammen in den Schuldnerländern selbst eine Entwicklung zu ermöglichen, die den Bevölkerungen das Gefühl vermittelt, daß sie nicht in erster Linie für das Abtragen der Schuldenlast arbeiten. Man kann daher nur der Aufforderung der Päpstlichen Kommission *Iustitia et Pax* zustimmen, „die Frage der Auslandsschulden der Entwicklungsländer (auch) vom Standpunkt der Ethik zu untersuchen und Lösungen zu entwickeln, die gerecht sind und die Würde derer wahren, die am härtesten von den Folgen betroffen sind“.